



Kantonsrat

KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 19. Juni 2017
Kantonsratspräsident Andreas Hofer

P 360 Postulat Lang Barbara und Mit. über die Änderung der WOST im Zusammenhang mit der Aufstockung der Französischlektionen an der 5. und 6. Primarstufe auf das Schuljahr 2017/2018 / Bildungs- und Kulturdepartement

Das Postulat P 360 wurde auf die Juni-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab. Barbara Lang hält an der Dringlichkeit fest.

Barbara Lang: Meiner Meinung nach ist es wichtig, sämtliche finanziell relevanten Fragen noch vor den Sommerferien durch die Regierung klären zu lassen. Nur so ist es möglich, im Herbst eine seriöse Debatte führen zu können. Ich bitte Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Adrian Bühler: Die CVP-Fraktion lehnt sowohl die Dringlichkeit des Postulats P 360 wie auch der Anfrage A 361 ab. Beide Vorstösse erfüllen die Dringlichkeitskriterien nicht. Beim Postulat P 360 kann festgestellt werden, dass die neue Wochenstundentafel im Herbst startet und bereits alles vorbereitet ist. Diese Wochenstundentafel ist in einem ordentlichen Verfahren zustande gekommen inklusive Vernehmlassung bei den politischen Parteien und den Berufs- und Branchenverbänden. Eine mittelfristige Änderung ist zwar nicht ausgeschlossen, soll aber nicht über einen dringlichen Vorstoss geschehen.

Rosy Schmid-Ambauen: Für diesen Herbst sind die Lehrpersonen bereits angestellt. Eine Entscheidung für die kommenden Jahre hat deshalb noch Zeit. Es ist aber verwunderlich, dass die Regierung trotz der Initiative „Eine Fremdsprache auf der Primarstufe“ so kurzfristig entscheidet, eine zusätzliche Lektion einzuführen, auch in Anbetracht der aktuellen Finanzlage des Kantons.

Helene Meyer-Jenni: Im Namen der SP-Fraktion äussere ich mich zum Postulat P 360, zur Anfrage A 361 und zum Postulat P 363. Die SP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit dieser drei Vorstösse ab. Es handelt sich nicht um Themen mit einem aussergewöhnlich hohen politischen Gewicht, abgesehen davon, dass sämtliche Themen mit den Finanzen und dem budgetlosen Zustand in Verbindung gebracht werden können. Wir finden aber, dass nicht alle bereits getroffenen Beschlüsse Hals über Kopf ausgehebelt und für nichtig erklärt werden sollten. Diese Vorstösse sollten sinnvollerweise im Zusammenhang mit den Budgets 2017 und 2018 sowie dem AFP behandelt werden.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Den Beschluss über die zusätzlichen Lektionen in der Wochenstundentafel 2017/2018 hat die Regierung bereits im Dezember 2014 gefällt. Diesem Beschluss sind die entsprechenden Vernehmlassungen vorausgegangen. Die Lehrpersonen wurden von den Gemeinden auf Mitte August bereits angestellt, eine kurzfristige Hauruckübung erscheint mir deshalb nicht sinnvoll. Ich bitte Sie, die Dringlichkeit abzulehnen.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 77 zu 32 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.